

Dresdner Volkszeitung

Hilfsredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Redaktion: Gebr. Vampol, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Wohlfahrt“ und „Wohlfahrt“ für einen halben Monat 1 Mk.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositionsspalte
30 Pf., die 30 mm breite Kompositionsspalte 1,50 Mk. für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben
40 Proz. Rabatt. Für Preisveränderung 10 Pf.

Nr. 171

Dresden, Montag den 26. Juli 1926

37. Jahrg.

Nichts als ein Notbehelf!

Das Ergebnis der Arbeitskonferenz

Die Verhandlungen der großen Arbeitsbe-
schaffungskonferenz im Reichsarbeitsministerium, an der
auch Länder sowie Vertreter des Reichslandtages und
des Senats der Reichsarbeitsverwaltung teilnahmen, sind am
Zweiten abgebrochen worden. Das Ergebnis der Ver-
handlungen liegt, wie aus der amtlichen Verlaufsbearbeitung her-
vorgeht, in einer genaueren Durchsicht des eigentlichen
Reichsarbeitsprogramms. Die Arbeiten der Reichsbahn,
das Aufbauprogramm der Reichspost, die Kanalbauten usw.
sollen in der kommenden Woche in besonderen Beratungen
erörtert werden.

Die Prüfung der Notstandsarbeitsmöglichkeiten, um
die es sich bei den Beratungen in erster Linie handelte, mußte
wegen der einmal im größeren Rahmen allgemein
angenommen werden, weil erfahrungsgemäß bei diesen
Angelegenheiten immer Kompetenzstreitigkeiten eintraten. Auch
diesmal waren es so, als ob die alten Streitigkeiten wieder
entstehen sollten und dadurch den Verlauf des Reichstages
auf Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms lahm-
gelegt wurden.

Der Umfang des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist
von der fast dreitägigen Erörterung der gleiche geblieben.
Es handelte sich bei den Beratungen nicht um eine Erweite-
rung, sondern um eine Vertiefung des Programms, um eine
genauere Prüfung der einzelnen Pläne der Not-
standsarbeiten. Hierfür stehen im Augenblick etwas
über 200 Millionen zur Verfügung, 100 Millionen
aber bereits nahezu aufgebraucht. Neue 100 Millionen wer-
den dem Reich gegeben, und dazu kommen noch ebensoviel
von den Ländern. Es bleibt also im ganzen bei der
Programme, doch durch die in Aussicht genommenen produ-
zierenden Arbeiten für etwa 200—300 000 zusätzliche
Arbeiter geschaffen wird. Das Ziel der Regierung besteht allen
Fällen nach lediglich darin, die Situation unter den Ar-
beitslosen so viel wie möglich aufrechtzuerhalten. Dieses
Ziel kann sie mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm er-
reichen, mehr aber nicht.

Das einseitige vorliegende Ergebnis der Konferenz
macht nach den etwas harten Worten des Reichsarbeitsmini-
sters im Reichstag und des Reichswirtschaftsministers auf der
Landesversammlung der Freien Gewerkschaften in Düsseldorf sicher
keinen überwältigenden Eindruck. Wer sich durch die ersten
Aussagen der Reichsregierung über ihre Pläne zur Ar-
beitsbeschaffung täuschen möchte, der wird enttäuscht sein.
Über es gab sicherlich nur sehr wenige Arbeiter, die sich in der
Notstandsarbeitsfrage übertriebenen Hoffnungen hingaben,
und deshalb sind auch die Warnungen bürgerlicher Blätter,
die Reichsregierung möge sich bei ihrer Anleiheaktion nicht
übernehmen und allzu viel Kapital für Finanzierung von
Notstandsarbeiten der Privatwirtschaft entziehen, die Zins-
verbindlichkeiten aufhalten usw., reichlich überflüssig. Der Reichs-
wirtschaftsminister hat übrigens bei den Beratungen der Arbeits-

beschaffungskonferenz deutlich zu verstehen gegeben, daß er
im Wege der Anleihe nur so viel Kapital für Notstandsarbei-
ten beschaffen wolle, als unbedingt notwendig sei.

Das vorliegende Arbeitsbeschaffungsprogramm ist
und bleibt einseitig nur ein Notbehelf. Für den Som-
mer und den Herbst mag es notwendig reichen. Was aber
dann? Ueber die Hilfe für den Augenblick hinaus muß früh-
zeitig die Arbeitsbeschaffung auf weite Sicht in die Wege
geleitet werden. Dem ersten Schritt muß der zweite folgen.
Hoffnungen auf eine baldige Revision der verkehrten
Wirtschaftspolitik, einer der Hauptursachen der
Wirtschaftskrise, die ja nicht wie ein Verhängnis über uns
hereingebrochen ist, haben, wie die politischen Kräfte im
Augenblick nun einmütig vertritt, wenig praktischen Wert.
Richtig, tausendmal richtig bleibt, daß man mit einer vernünftigen Handels- und Zollpolitik Absatz im Außenhandel
und damit die Beschäftigung von Hunderttausenden Arbeits-
losen schaffen könnte. Wir haben aber nicht den Glauben,
daß die unverbesserlichen Notstandsgegner bei der Mehrheit
der bürgerlichen Parteien sich von heute auf morgen bekehren
lassen. So muß eben, praktisch genommen, für die nächsten
Jahre durch großzügige Notstandsarbeiten im
weiteren Sinn Hilfe geschaffen werden. Ungewöhnliche An-
strengungen sind natürlich erforderlich, wenn man in der
Wirtschaftspolitik vom richtigen Wege abgeirrt ist und nun
sozusagen querfeldein über Stoch und Stein und laufend
Hindernisse hinweg den Weg ins Freie suchen muß. Wo der
Storren verfahren ist, kann man nur durch außerordentliche
Anstrengungen aus dem Gedränge der Massenarbeits-
losigkeit herauskommen. Es bleibt einfach zunächst nichts
anderes übrig, als Schaffung von Ämtern auf dem inneren
Markt, als Stärkung der Kaufkraft der Arbei-
ter und Bauern, d. h. Notstandsarbeiten und Sie-
delungspolitik.

Wird die Reichsregierung das von ihr geforderte
Brotverbot, mit Hilfe großzügiger Notstands- und Sie-
delungsarbeiten sich eine Bresche durch die wirtschafts- und ar-
beitspolitische Sackgasse zu brechen, fertigbringen? Die
gegenwärtige Reichsregierung kaum. Ihre
Ministerialkommission ist nichts anderes als ein Bureau-
kratenauschuß, der sich aus Vertretern der in Betracht
kommenden Ministerien (Arbeit, Wirtschaft, Post, Er-
nährung und Finanzen) zusammensetzt und zu dem sich nun
noch zwei ständige Ländervertreter, einer von Preußen,
einer von Bayern, hinzugesellen. Aus dem Sumpf auf dem
Arbeitsmarkt führen aber nur Leute heraus, die sich nicht
idealen, Wasserfiesel anzuziehen und zujurapeln. Das Ar-
beitsbeschaffungsproblem ist kein Redenerempel, das Null für
Null aufzulösen. Wer es durch tausend Kompromisse nach allen
Seiten lösen will, der wird aus dem Problem ein unlösbares
Anale machen. Der gordische Knoten kann nicht aufgelöst,
er kann nur durchgehackt werden.

Sinowjew gestürzt

Endlich ereilt den unbedeutlichen und strupellosten
bolschewistischen Politiker sein Schicksal: Sinowjew ist
gestürzt worden! Dieser Mensch hat die Spal-
tungspolitik der Arbeiterbewegung durch die Bolschewisten in
allen Ländern eingeleitet, betrieben und am 20. Juli selbst nach
Moskau, um die deutsche U.S.B. zu spalten. Als Leiter
der Moskauer Internationale hat er alle Verbände an der
Einheit der Arbeiterbewegung durchgeführt. Sein Treiben
wurde jetzt selbst den Moskauer Machthabern zu gefährlich.
Wollte er auch ihre Kräfte zu sprengen drohte, Sonderfrak-
tionen bildete, Sonderkonferenzen abhielt und sogar be-
sondere illegale Gruppen ausbildete. Er ist aus der obersten Lei-
tung der russischen Politik, dem Politischen Bureau
ausgeschlossen worden. Es droht ihm weiter der
Ausschluss aus seiner eigenen Internationale. Bisher haben
die Moskauer Machthaber das Treiben Sinowjews immer
hingenommen, jetzt gibt aber das offizielle Telegraphenbureau
der Sowjetunion folgendes bekannt:

Moskau, 25. Juli. Das Zentralkomitee der Kommu-
nistischen Partei der Sowjetunion hat nach Anhörung der Zen-
tralkomiteekommission über Fälle von Abweichungen der Be-
schlüsse früherer Kongresse betreffs Wahrung der Einheit der
Partei durch einige jahrelange Parteimitglieder beschlossen,
Sinowjew von seinem Posten als Mitglied des Politischen
Bureaus des Zentralkomitees abzuberufen und
Ausschluß aus der Zahl der Kandidaten des Zentralko-
mitees anzuschließen. An Stelle Sinowjews wurde
Noflatow zum Mitglied des Politischen Bureaus gewählt.
Organisatorisch besteht das Politische Bureau aus folgenden Mit-
gliedern: Stalin, Noflatow, Bukharin, Tomski, Kalinin, Molotow,
Wubnow und Trotski. Die Zahl der Kandidaten des Poli-
tischen Bureaus wurde von fünf auf acht erhöht.

An der umfangreichen Begründung dieses Beschlusses wird
nicht, daß die Sowjetunion illegale fraktionelle Organisationen
zu schaffen versucht habe. So habe man in einem Maße bei
Moskau eine Geheimvermittlung abgehalten, in der es sich
um Kampf gegen die Partei aufgeführt habe. Einem
bei politisch verantwortlichen für diese parteiisprengende Tätig-

keit. Ihm ist auch der Ausschluss aus der Partei angedroht
worden.

Ob Sinowjew für die Moskauer Internationale
so schnell zu erledigen sein wird, wie für die russische Exe-
kutive, steht noch dahin. Er dürfte in der kommenden alle
Minuten springen lassen, um sich zu behaupten. Diese Kämpfe
um Sinowjew sind aber nur ein Teil der Zerstückelungs-
erscheinungen im internationalen Bolschewismus. Er wird
an seinem eigenen Weien, dem Zellen- und Fraktionswahn
schließlich zugrunde gehen.

Bolksabstimmungskomödie

P. Paris, 25. Juli. (Gg. Ausspannung.) Wie aus Madrid
gemeldet wird, soll das spanische Direktorium die Absicht haben, den
dritten Jahreskongress seines Befehlens durch eine Volks-
abstimmung zu beenden. Es soll eine öffentliche Abstimmung
für oder gegen die Diktatur stattfinden. Hierzu sollen Re-
gierungskommissare ernannt werden, vor denen die
Wähler die Frage, ob sie für oder gegen die Diktatur sind,
beantworten sollen.

Wenn diese Absicht wirklich durchgeführt wird, so ist das
eine schamlose Komödie, die die Bevölkerung mit dem Volke
spielen. Selbstverständlich werden vor den allmächtigen Re-
gierungskommissaren, die ja ohne Gesetz die Herren der Provin-
zen, Städte und Gemeinden sind, nur Leute erdienen, die
für die Diktatur stimmen. Behördlicher Ernst wird schon
Scharen genug vor die Kommissare treiben. Das nennt man
in Spanien Volksabstimmung am dritten Anbaltage des
Direktoriums. Europa hat noch sehr finstere
Gegenden...

Madrid, 25. Juli. Der oberste Kriegsrat Spaniens hat 16
Jahres, mehrere der unter der Anleihe des Komplexes gegen den
Diktator verfaßten Personen, darunter General Berber,
entlassen in Freiheit zu setzen.

Karrieren haben sich die Anzeigen über das Komplex als
Diktatorien herausgestellt, aber die Freisetzungen sind Stimmungs-
momente für die Volksabstimmung. Die Absicht trifft immer wieder zu.

Die Gärung im Elsaß

Von Hermann Wendt

Am November 1918 zogen mit dem klingenden Spei-
der Marcellaise Marschall Fochs Regimenten in Elsaß und
Lothringen ein. Da die preussischen Soldaten mit den roten
Generalsstreifen an der Poje, denen das Reichsland seit dem
ersten Mobilisierungstag widerstandslos ausgeliefert war, in
vier bösen, bösen Jahren aus Elsaßern und Lothringern das
letzte Restchen Anhänglichkeit ans Deutschtum herausgepresst
hatten, wurde die Trifolore mit einem Jubel begrüßt, wie er
gleich aufrichtig und überschwänglich selten in der Geschichte
aus Menschenherzen aufgestiegen ist. Aber daß es eine
wochenlange Parade und Panzertänze war, in der sich
Franzosen und Elsaßer zum erstenmal seit achtundvierzig
Jahren wieder von Angesicht zu Angesicht erblickten, wurde
zu einer der Hauptquellen des Mißbehagens in den folgenden
Jahren. Da jeder den andern in der bengalischen Beleuch-
tung des Festtages verlor, rief er sich verblüfft die
Augen, als im nüchternen Licht des Alltags die Sache etwas
anders ansah.

Der Durchschnittsfranzose hatte aus der Schule ins
Leben den Begriff mitbekommen, daß Elsaß und Lothringen
eben die 1871 geraubten Provinzen seien. Wie hatte er er-
fahren oder sich den Kopf darüber zerbrochen, daß sie von
einer nach Stamm und Sprache vorwiegend deutschen Be-
völkerung bewohnt waren, und wußte, daß sich ihre Küstler
zur „mère-patrie“, zum „Mutterland“, eben so glatt und ein-
fach vollziehen werde wie die Wiederangliederung der 1914
bis 1918 vom Feind besetzten Departements. Aber siehe da!
als sich Offizier und Beamter in Strasbourg, Mülhausen,
Kolmar und sonstwo umtaten, umschwirte sie fast überall eine
unverständliche deutsche Mundart, und manchmal blauei-
roten Patrioten entrang sich der entsetzte Stohlschrei: Aber
das sind ja richtige Boches! Umgekehrt kroch im Herzen
des Elsaßers der Gedanke von der großzügigen und eleganten
Marianne, die in jeder Gebärde von der plumpen und schwer-
fälligen Germania abstach, und nicht minder glaubte er steif
und fest an die Mär, daß Frankreich den Krieg nur für die
ewigen und heiligen Menschenrechte gegen den barbarischen
preussischen Militarismus geführt habe. Jetzt waren die Be-
freier leibhaftig da, Weibrot und Rotwein in Fülle; mit
ihnen hineinprojiziert ins Paradies!

Auch hier blieb die Enttäuschung nicht aus, und bald
schüttelten selbst Elsaßer, denen das erste Gedankener
französischen Clairsons Freudentränen entlockt hatte, jammern-
bewegt den Kopf über den stammenerregenden Mangel an fei-
licher Feinsinnigkeit bei den Nachhabern der dritten Repu-
blik. Den einrückenden Truppen auf dem Fuße folgten
Bureaukraten aller Rangklassen aus dem Innern Frank-
reichs, die, obwohl des Landes, seiner Sprache und Sitte zu-
meist unkundig, auf die besten Kosten den Elsaßern und Loth-
ringern vor die Nase gefetzt wurden; sämtliche Sous-Pré-
fets (Landräte) des Moseldepartements etwa find, mit einer Aus-
nahme, Innerfranzosen, und ähnlich bei den andern Behörden.
Erregte schon das die Erbitterung der Einheimischen, so
drängte sich ihnen auch bald ein naheliegender Vergleich auf.
Unter Deutschland wurden sie schlecht regiert, denn es war ein
herzoglicher Obrigkeitsstaat, aber gut verwaltet, denn das
Mechanische, der deutsche Beamtenapparat lief glatt in seinen
Schienen; in Frankreich werden sie leidlich regiert, denn es
ist immerhin ein Land mit glorreicher revolutionärer Ueber-
lieferung, aber miserabel verwaltet, denn „Monsieur le
Bureau“, die französische Bürokratie, ist allmodischer und
schwerfälliger als die deutsche, ohne jedoch zu leisten. Da
nun der kleine Mann im Alltag weit mehr die Verwaltung
als die Regierung zu spüren bekommt, sprudelte hier alsbald
eine wahre Fontäne des Mißbehagens.

Die gute Laune des Elsaßers bröckelte weiter ab, als
Frankreich sofort nach dem bismarckischen Ruffen von 1871
mit einem Federstrich ohne Schonung und Uebergang fran-
zösisch in Verwaltung, Rechtspflege und Schule einführte.
Rügte diese Maßregel bei einer zu mehr als vier Fünftel
deutschsprachigen Bevölkerung tausend Mißbilligkeiten her-
vorrufen, so gedieh der vielberufene „analyse alsocien“, das
„elssächsische Mißbehagen“, doch erst zur Blüte, als im Mai 1921
der Wahlsieg der Linken in Frankreich Derrion aus Baden
und damit die Verpflanzung der französischen Kirchengesetz-
und Lebensschule ins Elsaß aufs Tapet brachte. Land auf
Land ab häutete die Kirche Skur, und die bedrohten Schäf-
lein idarfen sich in ihrem Pferd. Stärker aber als alles
andere wirkte die schlechte Wirtschaftslage. Rarare Gewerbe-
zweige, wie der Weinbau, sind durch den Rückfall beider Pro-
vinzen an Frankreich auf den Aussterbetisch gesetzt; da ihre
Weinproduktion, 350 000 Hektoliter im Jahre 1925, neben der
62 Millionen Hektoliter betragenden Ernte Frankreichs nichts
bedeutet, und der schwerere und billigere Nebenjoh des Midi
die elssächsischen und lothringischen Gewächse erschlägt, ist seit
1910 die Anbaufläche von 29 176 auf 16 650 Hektar zu-
sammengeschrumpft, und in obsehbarer Zeit wird es mit dem
Winger zu Ende sein. Da die Mononiale Umstellung trotz
der durch den Friedensvertrag bedingten fünfjährigen wol-
freien Einfuhr elssächsischer Erzeugnisse nach Deutschland allzu
schon war, kostete das Blut auch in andern Gliedern des Wirt-
schaftskörpers, und wenn in den Tagen, da die Rauf in Atome
zerstörte im heussischen Weinland die Separationsbestrafte

19. 1926